



LÄNDER

INTERNET - WOLF POCHT AUF NEUE GESETZE ZUR EINDÄMMUNG DER CYBERKRIMINALITÄT / JURISTEN UND COMPUTEREXPERTEN KOOPERIEREN

Wildwest im weltweiten Web

09. Dezember 2017 Autor: [Peter Reinhardt](#)

TRIBERG. Es ist ein gewagter Vergleich. „Wildwest im Web - Aktuelle Herausforderungen für die Sicherheit im Internet“ hatte Baden-Württembergs Justizminister Guido Wolf (CDU) als Titel für einen zweitägigen Fachkongress gewählt. „Wir denken uns den Wilden Westen als Raum, in dem das staatliche Gewaltmonopol brüchig ist. Zwar gibt es hier und da einen Sheriff, aber so richtig Licht ins Dunkel bringen, das vermag er nur selten“, zieht der Minister zum Auftakt des Triberger Symposiums einen anschaulichen Vergleich. Als „riesige Herausforderung für den Gesetzgeber“ sieht Bettina Limperg, die Präsidentin des Bundesgerichtshofs, die Digitalisierung.

Inzwischen ist das Internet ein neues Tätigkeitsfeld für die Rechtsprechung. 82 650 Fälle von Cyberkriminalität bundesweit hat die polizeiliche Kriminalstatistik 2016 erfasst. Es geht zum Beispiel um Betrug, Attacken auf Computer und Drogenhandel. Aktuell führt die wachsende Zahl von Manipulationen und Falschmeldungen zu einer Diskussion, ob solche Fake News mit einem neuen Straftatbestand eingedämmt werden müssen. „Die Stimmen mehren sich“, berichtet der Tübinger Strafrechtler Jörg Eisele. Der Strafrechtsexperte ist skeptisch. „Was ist falsch?“, fragt er. Eisele meint, dass die vorhandenen Paragraphen ausreichen. Aber: „Es besteht eine Lücke bei deren Anwendung.“

Die baden-württembergische Regierung hat in Mannheim und

Stuttgart jeweils Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet, die illegalen Machenschaften gezielt nachgehen. In Mannheim ist dafür Uwe Siegrist zuständig. „Es ist erschreckend einfach, ins Darknet zu kommen“, berichtet der Experte. In diesem abgeschirmten Teil des Internets können anonym Waffen gekauft und Drogen gedealt werden. Siegrist: „Die Ermittlungen sind schwierig, aber erfolglos sind wir nicht.“

Es gibt aber auch viele Nutzer des Darknets, die im legalen Teil des Internets keine Spuren hinterlassen wollen. Stefan Leibfarth vom Chaos Computer Club will deshalb nicht auf das Darknet verzichten. „Wir müssen unser Recht auf freie Information über die Anonymisierung von Programmen wie Tor umsetzen“, sagt er.

Streit um Darknet

Leibfarth plädiert für völlige Meinungsfreiheit im Internet: „Ich würde lieber in einem Land leben, in dem alles veröffentlicht wird, auch auf die Gefahr, dass wir hässliche Propaganda sehen.“ Diese Position teilt aber keiner der Experten. Wolf kontert: „Wir dürfen keine rechtsfreien Räume dulden. Beleidigungen und Mobbing können nicht ungeahndet bleiben.“

Dass private Firmen wie Facebook über die Löschung von strafrechtlich relevanten Inhalten entscheiden, hält Wolf für problematisch. „Das sollten wir nicht den Anbietern überlassen“, sagt er. Allein Facebook beschäftigt nach eigenen Angaben 10 000 Mitarbeiter, die die ins Netz gestellten Inhalte sichten und im Zweifelsfall löschen. Der Minister weist darauf hin, dass strafrechtliche Würdigung schwierig sei.

Strittig bleibt bei dem zweitägigen Kongress auch der Einsatz von Trojanern zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten. Diese Software wird über Sicherheitslücken in die Computersysteme von Verdächtigen eingeschleust. Leibfarth sieht einen Interessenskonflikt bei den Sicherheitsbehörden. Eigentlich müssten sie solche Lücken

den Herstellern schnellstmöglich mitteilen, damit die umgehend eine Reparatur vornehmen können. Doch dann würde sich die Polizei selbst die Möglichkeit verbauen, ihre Trojaner einzuschleusen.

Solche Sicherheitslücken würden nur „in wenigen Fällen“ genutzt, beschwichtigt Wilfried Karl, der Präsident der Zentralen Stelle für Informationstechnik. Seine im August gegründete Behörde soll einmal neue Ermittlungsinstrumente für die Polizei entwickeln. „Der Standardfall ist, dass Sicherheitslücken den Unternehmen gemeldet werden“, betont Karl. Für Wolf steht „noch nicht fest, was an neuen Gesetzen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität notwendig ist“. Klar sei aber, dass der Staat „den Auswüchsen begegnen muss“.

385 000 NETZATTACKEN JEDEN MONAT

Die Sicherheit von Computersystemen ist ein wachsendes Problem für Unternehmen. „Jeden Monat gibt es 385 000 neue Schadprogramme“, berichtet Ralph Salomon, der Sicherheitschef des Walldorfer Softwarekonzerns SAP, beim Triberger Symposion. Aktuell seien **insgesamt 590 Millionen Varianten** bekannt.

„Wir haben eine wachsende Bedrohung durch **verschiedene Angreifer mit viel Geld**“, sagt Salomon.

Die SAP verfolgt drei Methoden im Kampf gegen Hacker, die in die firmeneigenen Computer eindringen wollen: **Mehrere Sicherheitsstufen** sollen Eindringlinge abhalten. Dazu kommt eine intensive Überwachung und Kontrolle von neuen Programmen. Wenn es eine Attacke gab, müsse die Sicherheitslücke schnell geschlossen werden. Salomon plädiert für ein gemeinsames Vorgehen von Staat und Firmen. pre

© Mannheimer Morgen, Samstag, 09.12.2017

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Mannheimer Morgen
Großdruckerei und Verlag GmbH

URL:

https://www.morgenweb.de/startseite_artikel,-laender-wildwest-im-weltweiten-web_arid,1163281.html

Zum Thema

